

Stand: 06.10.2025 11:26:29

Initiativen auf der Tagesordnung der 32. Sitzung des BU

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7278 vom 30.06.2025
2. Initiativdrucksache 19/7426 vom 08.07.2025
3. Europaangelegenheit (Drucksache) 19/6922 vom 03.06.2025
4. Europaangelegenheit (Drucksache) 19/7602 vom 15.07.2025



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Alexander Flierl, Kerstin Schreyer, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Leo Dietz, Dr. Stefan Ebner, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel CSU

Länder an Einnahmen aus CO₂-Emissionszertifikaten beteiligen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine Beteiligung der Länder in Höhe von 25 Prozent an den Einnahmen des Bundes aus dem europäischen und dem nationalen Emissionshandel einzusetzen.

Begründung:

Die Einnahmen aus dem europäischen und dem nationalen Emissionshandel lagen in Deutschland im Jahr 2024 bei rund 18,5 Mrd. Euro. Die Erlöse aus diesen beiden zentralen Klimaschutzinstrumenten lagen damit noch einmal leicht über denen des Vorjahres.

Um Klimaschutzmaßnahmen vor Ort wirksam und nachhaltig fördern zu können, ist eine bessere finanzielle Ausstattung der Länder erforderlich. Da die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung teilweise von Ländern und Kommunen generiert werden, ist es sachgerecht, diese Mittel anteilig an sie zurückzuführen. Insbesondere die Kommunen sollen in besonderem Maße von einer Länderbeteiligung an den Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung profitieren.



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martin Wagle, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Martin Stock, Peter Wachler CSU

Sicherheit durch Information: Für eine Informationsbroschüre als ersten Schritt zur gesamtgesellschaftlichen Resilienz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Entwicklung einer kompakten Informationsbroschüre über richtiges Verhalten in verschiedenen Krisen- und Konfliktsituationen einzusetzen. Die Broschüre soll an alle Haushalte der Bundesrepublik verteilt und auch in einer digitalen Fassung im Internet zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Die Bundesrepublik und der Freistaat sehen sich unterschiedlichen Bedrohungs- und Krisenszenarien ausgesetzt. Die Bundeswehr sowie der Bundesnachrichtendienst warnen davor, dass Russland bis zum Ende des Jahrzehnts zu einem großmaßstäblichen Krieg in der Lage wäre. Bereits heute können Formen hybrider Angriffe auf die Bundesrepublik und ihre europäischen Verbündeten beobachtet werden, etwa durch Drohneneinflüge über kritische Infrastruktur, Sabotageakte an Kabeln in der Ostsee oder gezielte Desinformationskampagnen in den sozialen Netzwerken. In diesem Kontext sind zielgerichtete Maßnahmen in den Bereichen des Bevölkerungsschutz- und Selbstschutzes zu ergreifen: Die Verteidigungsfähigkeit und Abschreckungskraft Deutschlands ergibt sich nämlich nicht nur durch militärisches Potenzial, sondern auch durch die Fähigkeit der Gesellschaft als Ganzes, sich in einer Konfliktsituation zu behaupten. Auch die Unwetterereignisse der letzten Jahre sowie die Coronapandemie haben gezeigt, dass das richtige Verhalten jedes Einzelnen in Krisensituationen Leben retten kann.

Die schwedische Regierung hat in diesem Kontext eine Broschüre an alle Haushalte Schwedens verteilt, in welcher die Bevölkerung auf dreißig Seiten über richtiges Verhalten in verschiedenen Krisenszenarien wie einem bewaffneten Konflikt oder Extremwetterereignissen aufgeklärt wird. Dabei werden auch praktische Informationen zum Selbstschutz vermittelt, etwa dem selbstschutzmäßigen Verhalten bei Angriffen oder dem Anlegen von Lebensmittelreserven. Die französische Regierung entwickelt aktuell ebenfalls eine Broschüre zur Vorbereitung auf unterschiedliche Krisenszenarien, die an

alle Haushalte Frankreichs bis zum Sommer 2025 verteilt werden soll. Entsprechendes Informationsmaterial kann somit dafür sorgen, dass die Bevölkerung sich in der Breite mit den Realitäten verschiedener Krisenszenarien auseinandersetzt und ihr gleichzeitig in einem kompakten Format Informationen zur Aufklärung und zum Selbstschutz an die Hand gereicht werden. Gerade im Kontext gezielter Desinformation ist es zudem wichtig, der Bevölkerung verlässliche Informationen bzw. Anlaufpunkte zum Erhalt ebendieser zu vermitteln. Aktuell existiert in Deutschland lediglich eine Broschüre des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, welche aber nicht auf konventionelle oder hybride Konfliktszenarien eingeht und proaktiv im Internet abgerufen bzw. bestellt werden muss. Der Bund soll deshalb nach schwedischem und französischem Vorbild eine entsprechende Broschüre entwickeln und an alle Haushalte der Bundesrepublik verteilen.



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

**Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: ProtectEU - eine Europäische Strategie für die Innere Sicherheit COM(2025) 148 final
BR-Drs. 188/25**

Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 28. Sitzung am 3. Juni 2025 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zur Mitteilung erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, die Mitteilung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zu überweisen (§ 83c Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Mitteilung](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Die im April 2025 von der Europäischen Kommission vorgestellte „[ProtectEU](#)“-Strategie zielt darauf ab, die innere Sicherheit der Europäischen Union angesichts einer veränderten Bedrohungslage umfassend zu stärken. Die Initiative wurde vor dem Hintergrund einer sich wandelnden geopolitischen Weltlage entwickelt, in der hybride Bedrohungen, organisierte Kriminalität, Terrorismus und Cyberangriffe zunehmen.

Die Hauptziele der Strategie sind:

- Verbesserung der Fähigkeit der EU, auf neue Sicherheitsbedrohungen zu reagieren
- Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen hybride Bedrohungen
- Effektivere Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus
- Besserer Schutz kritischer Infrastrukturen
- Förderung einer neuen europäischen Sicherheitskultur



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

**Justiz und Grundrechte
EU Civil Society Strategy
13.06.2025 - 05.09.2025**

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 31. Sitzung am 15. Juli 2025 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Konsultation](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Die neue europäische Strategie für die Zivilgesellschaft wurde im [Arbeitsprogramm 2025 der EU-Kommission](#) angekündigt. Sie ist Teil der Bemühungen, die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen - und dabei auch die demokratische Teilhabe bayerischer Akteure - in Europa zu stärken. Hintergrund ist die Erkenntnis, dass eine lebendige und unabhängige Zivilgesellschaft entscheidend für Demokratie, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Umsetzung europäischer Werte ist.

Die Initiative steht im Kontext eines umfassenden gesellschaftlichen und politischen Wandels in Europa, bei dem die EU-Kommission gezielt Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie, sozialem Zusammenhalt und gesellschaftlicher Teilhabe ergreifen will. Ziel ist es, die Zivilgesellschaft als eigenständigen Akteur anzuerkennen, ihre Handlungsfähigkeit zu sichern und ihre Mitwirkung an politischen Prozessen auf europäischer Ebene zu fördern.